



Die Kurzarbeit hat Grenzen

Im Wortlaut von Sabine Zimmermann, 06. Januar 2010

Arbeitsmarktbilanz 2009: Bisher blieb die große Katastrophe aus. Sabine Zimmermann über die Aussichten für den Arbeitsmarkt 2010

2010 droht der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt - nicht nur wegen der weltweiten Wirtschaftskrise. Dass Schwarz-Gelb die unsoziale Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition fortsetzen wird -, mit unabsehbaren Folgen für die Erwerbslosen - fürchtet Sabine Zimmermann. Die 49-jährige Gewerkschaftssekretärin ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Mit ihr sprach Grit Gernhardt.

Entgegen pessimistischen Annahmen macht sich die Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt bisher nur wenig bemerkbar. Kommt der große Einbruch noch?

Keiner kann heute genau sagen, wie stark der Arbeitsmarkt von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wird. Fakt ist: Schon im letzten Jahr sind hunderttausende sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze verloren gegangen, vor allem im verarbeitenden Gewerbe.

Die Arbeitslosenstatistik spiegelt das nicht richtig wieder. Zum Teil, weil es statt Vollzeitarbeitsplätzen immer mehr Teilzeit- und Minijobs gibt. Zum Teil, weil nicht alle Erwerbslose von der Statistik erfasst werden. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der unterbeschäftigten Menschen um 358 000 auf nunmehr 4,5 Millionen gestiegen - das steht zwar nicht in der Pressemeldung der Bundesagentur für Arbeit, aber in einem Unterabschnitt ihres aktuellen Berichts. Wir sollten nicht auf eine große Katastrophe warten, sondern schon jetzt gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und für eine bessere finanzielle Absicherung in der Arbeitslosigkeit kämpfen.

Seit Monaten wird die Kurzarbeiterregelung als Allheilmittel gepriesen und immer weiter verlängert. Kann Kurzarbeit die Probleme lösen, die durch Unternehmerrückgang und unkontrolliertes Renditestreben entstanden sind?

Kurzarbeit übernimmt derzeit eine Brückenfunktion, um den wirtschaftlichen Einbruch abzufedern. Ihr sind jedoch Grenzen gesetzt, wenn - wie für den Automobil- oder Maschinenbau prognostiziert - mittelfristig bis zu einem Viertel der Aufträge wegbrechen. Ich meine, der Staat darf dann das Schicksal von Millionen Menschen nicht einer »Marktbereinigung« überlassen.

Die LINKE will deswegen mit einem Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro den industriellen Sektor umbauen, ökologisch-sozial und gesellschaftlich kontrolliert. Und wir wollen durch ein neues Investitionsprogramm die Binnennachfrage stärken.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle rechnet damit, dass die Zahl der Erwerbstätigen bis 2011 um eine Million sinkt. Eine realistische Prognose?

Ja, durchaus möglich. Schon im Dezember 2009 hat sich die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 218 000 verringert. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Frage, was es für Arbeitsplätze gibt. In den letzten Jahren ist sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung massiv abgebaut worden. Dagegen boomen Teilzeitjobs, Minijobs und zum Teil auch wieder Leiharbeit. Jobs mit meist schlechter Bezahlung und befristeten Verträgen. Alles ein Produkt der Liberalisierung auf dem Arbeitsmarkt, die umgekehrt werden muss.

Großunternehmen oder Mittelstand - wer werden die großen Verlierer sein, wenn die Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt angekommen ist?

So lässt sich das nicht beantworten. Viele kleine Unternehmen sind ja schon ungehört verschwunden. Aber das Beispiel Karstadt bzw. Arcandor zeigt, dass die regierende Politik keine Skrupel hat, auch Großunternehmen Pleite gehen zu lassen. Verlierer sind in jedem Fall die Beschäftigten. In den Großbetrieben sind jedoch die Gewerkschaften besser verankert und können so besser gegen Entlassungen kämpfen.

Mit der Schröderschen Agenda 2010 wurde der Weg zur Ausgrenzung und Stigmatisierung von Erwerbslosen bereitet. Was droht ihnen von der Arbeitsmarktpolitik der schwarz-gelben Koalition?

Union und FDP wollen hier weitermachen. Die Regelsätze von Hartz IV sollen nicht erhöht werden. Damit wird auch weiter Druck auf die ausgeübt, die noch Arbeit haben. Denn ihnen droht beim Verlust der Arbeitsplatzes nach einem Jahr der Sturz in Hartz IV. Ferner will Schwarz-Gelb die Minijobs fördern, befristete Anstellungen erleichtern und Armutslöhne durch die Anhebung der sogenannten

Hinzuverdienstgrenze stärker subventionieren.

Die Linke fordert seit Jahren einen höheren Arbeitslosengeld-II-Regelsatz. Ist das angesichts des Milliardendefizits der Bundesagentur für Arbeit überhaupt finanzierbar?

Das würde den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit mit keinem Cent belasten, da das Arbeitslosengeld II aus Steuermitteln finanziert wird. Wir sagen: Wer Milliardengeschenke an Unternehmen macht, kann nicht behaupten, dass kein Geld dafür da ist.

Interview: Grit Gernhardt

Neues Deutschland, 6. Januar 2009